

Wirtschaftliche Eckdaten im Monat Oktober

Von Hermann Patzak

Die Folgen der Finanzkrise und andere Ungereimtheiten

EZB und IWF und ihre vagen Erkenntnisse und Prognosen haben den gleichen Erkenntniswert wie das Orakel von Delphi, auch wenn sie mathematisch und statistisch untermauert sind:

Das Bruttoinlandsprodukt aller Länder der Welt wird in diesem Jahr um 5,2 Prozent und 2008 um 4,8 Prozent steigen, 0,4 Prozentpunkte weniger als im Sommer erwartet. Man staunt immer wieder über die vorgegaukelte Genauigkeit der Prophezeiungen! Wenn es dann aber ganz anders kommt, ist man deswegen um eine Erklärung nicht verlegen. Da waren halt noch andere Einflußgrößen, insbesondere menschliche Reaktionen und Antriebe, die man erstens nicht alle erfassen kann und die zweitens nicht ohne weiteres quantifiziert werden können. Die Einflußgrößen:

Zu den Gefahren zählen die Ökonomen eine mögliche Zuspitzung der Finanzmarktspannungen und einen dauerhaft steigenden Ölpreis. Bei der EZB war es der sogenannte Chefökonom Simon Johnson, der seine nichtssagende Aussage formulierte: „Bisher handelt es sich um Turbulenzen an den Märkten, nicht aber um eine regelrechte Krise.“

Eine Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute formulierte den Erkenntnishorizont wie folgt: „sie betrachteten mit Sorge, daß die bis dato begrenzten Zahlungsausfälle so große Turbulenzen auslösen konnten“. Die klugen Herren sollten sich besser anschauen, wie diese Krise entstanden ist und warum es dann zu den Zahlungsausfällen kommen mußte. Es war ganz einfach die Finanzierung langfristiger Anlagen mit kurzfristigen Krediten! Eine Todsünde bei der Finanzierung, das konnte man früher in den Lehrbüchern für Anfänger lernen. Aber das neue Machbarkeitsdenken finanzmathematischer Modellrechnungen glaubte, sich nicht mehr daran halten zu müssen. Hinzu kam die global ausgebrochene Renditegier auf den Finanzmärkten, die nach den Wertvorstellungen des Liberalismus ja angeblich eine positive Triebkraft haben soll.

Die IWF-Experten prognostizieren eine unverändert gute Zukunft, weil ein schwächeres Wachstum in den Vereinigten Staaten – wo die Schwierigkeiten begonnen hatten – als auch in Europa durch die Dynamik der Schwellenländer ausgeglichen werden. Dabei legen die Experten einen Ölpreis zugrunde, der etwa 10 Prozent unter der aktuellen Marktnotierung liegt. Warum eigentlich, wo doch die Nachfrage aus den Schwellenländern weiter ansteigen wird?

Die Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute spricht von einer „Gratwanderung in der Geldpolitik“. Zwar müßten die Notenbanken das Funktionieren der Geldmärkte sicherstellen, also auf Liquiditätsengpässe reagieren. Zugleich dürften sie die Inflation nicht aus den Augen verlieren. Null Aussage und doch geplappert. Bezahlt werden die Institute ja nicht schlecht. Von uns Bürgern.

Und jeder hat so seine eigene Meinung zur Krise und ihrem Verlauf: Bundesfinanzminister Steinbrück: „Die Krise ist noch lange nicht vorbei und wird uns bis weit ins Jahr 2008 be-

schäftigen“. Und weiter: „Ich kann nicht ausschließen, daß die eine oder andere Bank in Deutschland oder Europa, die sich nicht mehr über Commercial Paper refinanzieren kann, zu Notverkäufen gezwungen ist“. Das sieht Bundesbankpräsident Axel Weber anders, er sagte: „von Kreditklemme kann keine Rede sein“.

Und wir dürfen nun rätseln, wer von den beiden der Klügere, der Wissendere oder der größere Schwindler ist!

Die Geldpolitik gerät in die Zwickmühle

Man hat sich daran gewöhnt, die Inflation nur auf den Konsumgütermärkten zu messen. Preissteigerungen für die Güter des alltäglichen Bedarfs erregen bekanntlich die Gemüter. Doch neben den Konsumgütermärkten gibt es auch Immobilien-, Rohstoff- und Finanzmärkte. Seit neuestem gibt es auch einen globalen Markt für Unternehmen. Und Unternehmungen sind, gemessen am Kurswert teuer geworden. Die Teuerungsrate bei Immobilien und Unternehmen war dabei sehr unterschiedlich. Die Immobilienpreise in England, Spanien und den USA z.B. sind mehrfaches schneller gestiegen als z.B. in Deutschland. Das größte deutsche Versicherungsunternehmen [Allianz](#)-, hatte im Jahr 2003 trotz größerem Geschäftsvolumen nur 20 Prozent der Marktkapitalisierung des amerikanischen Konkurrenten AIG. Eine Folge der Globalisierung ist, daß diese Fehlentwicklungen in einzelnen Volkswirtschaften auch die anderen Volkswirtschaften in der Welt tangieren müssen. Die von den USA ausgehende Banken- und Finanzmarktkrise hat es bewiesen.

Die neuen Geldschöpfungsvarianten der Geschäftsbanken haben primär die Preise auf Nichtkonsumgütermärkten in die Höhe getrieben. Wer mißt eigentlich die Inflation auf diesen Märkten? Die Notenbanken scheinen nur die Preissteigerungen auf den Konsumgütermärkten im Auge zu haben.

Doch die Entwicklung auf den Rohstoff-, Immobilien- und Unternehmensmärkten wird auf Konsumgüter durchschlagen. Dann müssen die Notenbanken die Geldbremsen anziehen und zum Bodensatz der nicht überwundenen strukturellen Arbeitslosigkeit wird die Zahl der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit kommen.

Die EZB springt im Dreieck

Die Europäische Zentralbank (EZB) [schöpfte](#) am 12.10.2007 30 Milliarden Euro aus dem Geldmarkt ab (FAZ, 13.10.2007 Seite 21). Sie bot den Banken, die Liquidität übrig hatten, 4% Zinsen. Und in Höhe der 30 Mrd. Euro hatten die Banken für einen Tag das Geld übrig.

Hat man also zu viel Geld hineingepumpt in den letzten Wochen? Überdosierung mit Medikamenten führt bekanntlich zu Vergiftungserscheinungen. Können die Zentralbanken die Geldmenge so dosieren, daß es zu keiner Vergiftung (Inflation) kommen kann?

Die Lehren aus der bisherigen Entwicklung der Bankenkrise sind eindeutig. Sie werden aber von der dem Neoliberalismus hörigen Politik ignoriert. Man hat den Markt gewähren lassen – so wie es die Liberalökonomien lehren. Es wäre schon im August zum weltweiten Zusammenbruch des Bankensystems gekommen, hätten die Notenbanken nicht eingegriffen und mit Geldspritzen in dreistelliger Milliardenhöhe gekontert. Doch die Auswirkungen dieser

unerhörten Geldmengensteigerung sind für die „Chirurgen der Notoperation“ nicht vorhersehbar.

Die steigenden Aktienkurse trotz der Liquiditätsanspannungen deuten darauf hin. Wer bringt denn diese Kurse zum Ansteigen in der Krise, in der die Banken sich ständig an der Grenze der Zahlungsunfähigkeit dahinschleichen? Die Banken selbst. Sie bekommen ja die nötigen Mittel von den Notenbanken. Die steigenden Aktienkurse erhöhen den Wert der Aktien im Besitz der Geschäftsbanken. Damit können sie rein buchungstechnisch einen Teil ihrer Verluste aus dem US-Hypothekengeschäft und bei den Übernahmekrediten, die man den Finanzinvestoren zum Zweck von Unternehmensaufkäufen gewährt hat, ausgleichen! Jedes produzierende Unternehmen, das derartig wie die Geschäftsbanken in die Klemme gerät, wäre schon längst „über den Jordan“ gegangen. Nicht so die Banken. Die dürfen nicht zusammenbrechen. An ihnen hängt das ganze System!

Die Notenbanken befinden sich in einer Zwickmühle. Täglich müssen sie die Geldmenge dosieren. Geben sie zu wenig, droht der Bankencrash, geben sie zuviel, nähren sie die Flammen der Inflation und es kann schnell zum offenen Feuerausbruch kommen.

Am 24. 10.07 mußte die Europäische Zentralbank (EZB) dem [Bankensystem](#) erneut 182 Milliarden Euro mit einer Woche Laufzeit zur Verfügung stellen¹. In ihrer Zahlungsnot zahlten die Banken 4,14% Zinsen. Und in einer Woche müssen sie das Geschäft von neuem machen, um der Zahlungsunfähigkeit zu entgehen.

Bei der IKB treibt man den Teufel mit dem Belzebub aus

Jetzt haben es die Experten herausgefunden. Was die IKB in Zahlungsunfähigkeit und Verluste getrieben hat, war ganz einfach mangelndes [Risikomanagement](#)². Das wird sich ändern, versichert der von der KfW (bundeseigene Bank für den Wiederaufbau) abkommandierte Krisenbewältiger Günther Bräunig. Ab jetzt wird die IKB restrukturiert, das Risikomanagement neu aufgestellt und in Zukunft wird sich die Bank wieder ihrem ursprünglichen Geschäft widmen, der Kreditvergabe an deutsche Mittelständler.

Federführend bei der Ursachenanalyse war die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC. Doch die hatte doch die Bücher der IKB nicht schon vorher geprüft und die Geschäfte nicht beanstandet? Die sauberen Herren Prüfer wußten doch ganz genau, welche Geschäfte die IKB gemacht hat, um ihre Rendite auf das vom Globalkapitalismus geforderte Maß hinaufzuschrauben?

Sonderbar ist auch, daß die KfW, die 37 Prozent der IKB Aktien besitzt, sich zu einem Verkauf ihrer Beteiligung entschlossen hat. Jetzt, da sich erwiesen hat, daß staatliche Kontrolle nötiger als je ist, weil die ungezügelte Renditegier diese immensen Verluste verursacht hat. Aber in den Augen der marktradikalen Ideologen kann das ja gar nicht die Ursache sein, denn Gewinntrieb und Marktmechanismus werden ja von der „unsichtbaren Hand“ gelenkt, die Adam Smith einmal beobachtet haben will und an die sie jetzt alle glauben. Also war es mangelndes Risikomanagement.

¹ FAZ vom 24.10.2007 Seite 27.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2007 Seite 13

Sonderbar ist zudem, daß die KfW sich bei den Verkaufsbemühungen von der Investmentbank Merrill Lynch (USA) beraten läßt. Diese US-Investmentbank ist doch in gleicher Weise in das Kreditbündelungs- und Fristentransformationsgeschäft verwickelt wie die IKB, hatte sie doch erst im Dezember vergangenen Jahres sogar eine auf die Finanzierung von Subprime-Hypotheken spezialisierte Bank mit Namen First Franklin aufgekauft. Bei der hat es ja auch nicht geklappt mit dem Risikomanagement! Sie hat sogar die mit Abstand höchsten Verluste aller Großbanken aus diesem Geschäft einräumen müssen, nämlich 8 Mrd. Dollar!

Sonderbar ist weiterhin, daß die staatliche Bank KfW in ihren Reihen offenbar kein geeignetes Personal hat, die Möglichkeiten des Verkaufs – wenn man verblendeter Weise glaubt, der sei notwendig – selbst zu eruieren!

Die armen Deutschen, wer schützt sie vor ihren unfähigen Managern und verantwortungslosen Politikern?

Eine Konzertierte Aktion

zur Verhinderung von unerwünschten Unternehmensübernahmen soll den Unionsparteien wieder einige Schäfchen zutreiben. Die Aktion war offensichtlich von langer Hand und generalstabsmäßig vorbereitet. Seit einem halben Jahr mit anschwellenden Aktivitäten. Jetzt hat die CDU unter Federführung von Hessens Ministerpräsident eine entsprechende Denkschrift auf die Wege gebracht, gleichsam die Eckpfeiler eingerammt, an der sich das Gesetzesvorhaben orientieren wird. Gleichzeitig arbeiten auch die Experten des Bundeskabinetts an dem Vorhaben, die sind dann für die Feinarbeiten zuständig.

Beteiligungen an Unternehmen und Übernahmen sollen künftig verhindert werden. Aber sie sollen nur dann verboten werden, wenn sie von Unternehmen aus mißliebigen Ländern³ drohen. Und nur dann, wenn sie gegen nationale [Interessen](#) verstoßen. Die Bundesregierung soll ausländische Beteiligungen von mehr als 25 Prozent an deutschen Firmen verbieten können, sofern sie die „öffentliche Sicherheit“ oder die „strategische Infrastruktur“ Deutschlands gefährdet sieht.

Wenigstens ein erster Schritt in die richtige Richtung wird so mancher flüchtige Beobachter sagen. Doch sieht man näher hin, werden die Ungereimtheiten des Vorhabens unübersehbar: Wer bestimmt die Länder aus denen Investitionen unerwünscht sind und was sind denn auf einmal nationale Interessen – wo doch die souveränen Staaten im Einheitsbrei der globalen Welt sich auflösen sollen? Das war doch bisher das erklärte Ziel der bundesrepublikanischen Selbstverständnisses!

Da muß doch der Verdacht aufkommen, daß der Pate dieses neuen Denkens aus den Werkstätten der US-Zukunftsplaner kommt. Und tatsächlich die zeitliche Koordinierung der Aktionen zur Realisierung des Vorhabens konnte nicht besser geplant werden. Am Tag nach der Veröffentlichung des CDU-Dossiers sprach der stellvertretende amerikanische Finanzminister Robert [Kimmitt](#) bei FAZ vor, um in einem persönlichen Interview den Ernst der Lage zu erklären.

³ FAZ, vom 16.10.2007 Seite 11

Er verlangt gesetzliche Regelungen, die sicherstellen, daß die staatlichen Fonds der Schwellenländer nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Wie dieser politische Einfluß ausgeübt werden könne, weiß zwar keiner von den politischen Einpeitschern, aber Angst haben sie alle davor. Sie selbst jedoch behalten sich das Recht der politischen Einflußnahme sehr wohl vor. Ja es gehört zu ihrem ausdrücklichen Selbstverständnis und zu ihren offen bekannten Aufgaben, Demokratie und Menschenrechte in jene Länder zu exportieren, in denen sie tätig sind.

Das hat Hans Olaf Henkel, der Ex-IBM-Chef für Europa und Ex-BDI Vorsitzende bei seinen deutschlandweiten Propagandaveranstaltungen ja als besonderen Vorteil der Globalisierung herausgestellt. Ob er dazu jetzt noch steht? Dann müßte er aber gleiches Recht für alle zugehen. Man müßte ihn tatsächlich einmal fragen!

EU-Gerichtshof erklärt das VW-Gesetz für nichtig

Die Politakteure beginnen Amok zu laufen. Die einen wollen gerade Gesetze konstruieren, um unerwünschte Unternehmensübernahmen durch Staatsunternehmen und Staatsfonds verhindern zu können, auf der anderen Seite wird ein Gesetz, das gerade diesen Zweck erfüllt, für nichtig erklärt! Was wollte denn die Bundesregierung und der Bundestag mit dem [VW-Gesetz](#) im Jahre 1960 erreichen? Eine feindliche Übernahme verhindern, weil sie darin ein Gefahr für die „strategische Infrastruktur“ Deutschlands sahen! So die heutige Formulierung. Damals dachte man so. Damals war das normal. Man wußte noch, daß das von Arbeit und Kapital erstellte Produkt ein Gemeinschaftsprodukt war: das Sozialprodukt! Es sollte allen in der Volksgemeinschaft zugute kommen.

Heute, im Brutalkapitalismus ist das anders. Da bestimmt der Wettbewerb – es ist der Wettbewerbs der Renditen – daß steigende Gewinne nur dort entstehen können, wo die Löhne und die Lohnquote sinken. Der erfolgreiche Kapitalspekulant verzehnfacht sein Einkommen. Die Arbeiter, ganz gleich ob Hand- oder Geistesarbeiter, sind die Verlierer. Der Streit um die relativen Vorteile der gelernten vor den ungelerten Arbeitern lenkt vom Kernproblem ab. Und das ist einfach: Die Intelligenz des Kapitalspekulanten unterscheidet sich wenig von jener des ungelerten Müßiggängers und Sozialschmarotzers. Beide wollen nichts tun und gut leben davon.

Doch zurück zur schizophrenen Politik. Die Initiatoren des neuen Gesetzes zum Schutz vor Investitionen aus „Schurkenstaaten“ machen noch einen weiteren Unterschied: Die Kapitalisten der westlichen Wertgemeinschaft dürfen sich fremde Unternehmungen in unbeschränktem Ausmaß aneignen, sofern ihr Motiv Renditesteigerung heißt. Dieses Motiv ist die „heilige Kuh“ das Kapitalismus. Das notwendige Geld wird in Form von Kreditschöpfungen neuer Art in den USA gemacht. Das globale Finanzsystem hat sich momentan daran ein wenig verschluckt. Doch die Investmentbanker geben sich zuversichtlich, daß ihnen die Notenbanken aus der Krise heraushelfen werden und müssen.

Die Freiheit des Kapitalverkehrs hat also heute Verfassungsrang bekommen. Das ist eine ganz neue Verfassung, die hat sich das Volk nicht gegeben! Können wir da noch von Demokratie sprechen? Die Gesetze des Kapitalismus werden uns als neue Verfassung diktiert, sie setzen die alte de facto außer Kraft. Diese Gesetze macht nicht das Volk, das sind andere Größen!

Wo bleiben denn angesichts dieses Staatstreiches von oben die BRD-Verfassungspatrioten, die immer vorgaben unsere Verfassung verteidigen zu wollen?

Sie arbeiten mit – an den Verfassungsänderungen.